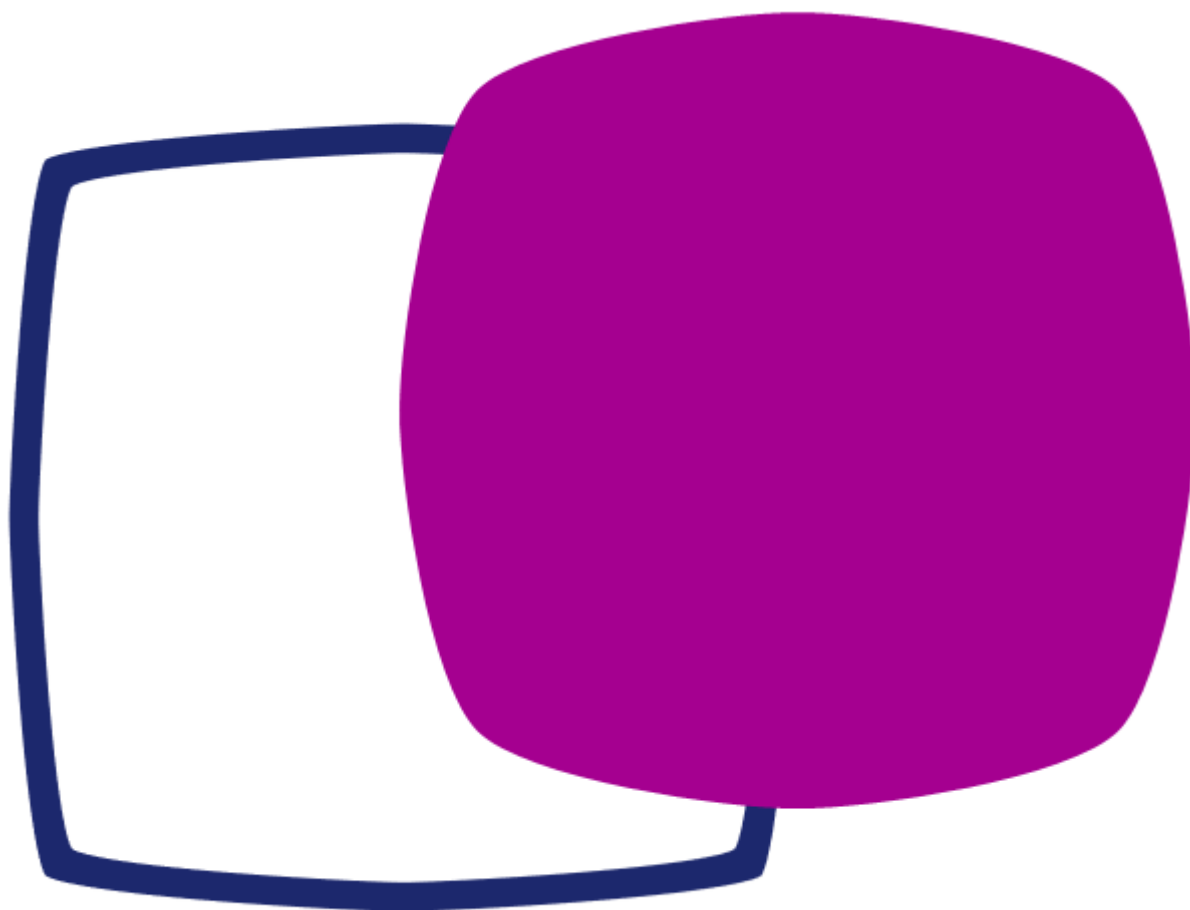


Verantwortung für Erlangen

Haushaltsrede 2026
von Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik

erlangen.de/stadtrat

22. Januar 2026



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

beim Haushalt geht es um mehr als um Zahlen. Es geht um Verantwortung und Vertrauen. Es geht darum, ob wir auch dann bereit sind Entscheidungen zu treffen, wenn es schwierig ist. Erlangen ist eine starke Stadt – aber wahre Stärke zeigt sich dann, wenn es herausfordernd wird.

Wie nahezu alle Kommunen stehen wir vor der großen Herausforderung, immer mehr Aufgaben erfüllen zu müssen – bei gleichzeitig zu geringen Einnahmen. Schon heute müssen wir davon ausgehen, dass unser Haushalt von der Regierung nicht genehmigt wird. Das bedeutet: Wir werden weiter in der vorläufigen Haushaltsführung bleiben. Besonders belastend sind für uns die Kassenkredite, die wir aufnehmen mussten, um die überraschenden Gewerbesteuerrückzahlungen im Jahr 2024 leisten zu können.

Trotz aller genannten Belastungen weist der Haushalt sowohl für dieses als auch für das kommende Jahr einen positiven Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf. Das ist das Ergebnis konsequenter Konsolidierungsarbeit – und großer Anstrengungen in der gesamten Verwaltung, aber auch in unserer Stadtgesellschaft.

Es ist zudem das Ergebnis hoher Schlüsselzuweisungen, die uns der Freistaat Bayern in Anerkennung unserer schwierigen Lage und unseres eingeschlagenen Konsolidierungsweges gewährt. Und nicht zuletzt ist es auch ein Ergebnis erfolgreicher Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände, die zu finanziellen Verbesserungen durch Bund und Land geführt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Rahmenbedingungen für kommunale Haushalte bleiben äußerst schwierig – in Erlangen ebenso wie bundesweit. Deutschlandweit belief sich das Defizit der Kommunen im vergangenen Jahr auf rund 25 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Für 2026 geht der Deutsche Städtetag davon aus, dass das kommunale Defizit auf mindestens 32 Milliarden Euro anwachsen wird. Sie haben es vielleicht verfolgt: Der Städtetag hat sich bei seiner Hauptversammlung in Dresden noch einmal sehr klar positioniert: Wenn wir wollen, dass unsere Städte, das aufrechterhalten können, was Städte ausmacht, dann braucht es eine Sofortmaßnahme von Bund und Land, die mindestens diese 32 Milliarden Euro ausgleichen.

Viele Kommunen – und dazu gehören auch wir – werden ihre Haushalte trotz der Verbesserungen im Finanzausgleich auf Dauer kaum ausgleichen können oder keine genehmigungsfähigen Haushalte vorlegen.

Die zusätzlichen Mittel verschaffen zwar etwas Luft. Sie ersetzen jedoch nicht die dringend notwendigen weiteren Reformen. Gefordert sind deshalb Bund und Land. Sie müssen nicht nur darüber reden, Kommunen zu entlasten, sondern sie müssen uns besser ausstatten für die großen Aufgaben, die wir haben.

Denn wenn wir den Wirtschaftsstandort Deutschland auch künftig stark halten wollen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern oder auch die Herausforderungen durch Klimawandel und Katastrophen und Bevölkerungsschutz bewältigen wollen, dann entscheidet sich das nicht abstrakt irgendwo in Berlin oder in München oder in Brüssel, sondern hier vor Ort in den Kommunen. „2026 muss das Jahr der Entlastung für die Kommunen werden“, fordert der Deutsche Städtetag. Dem ist wenig hinzuzufügen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zwischen 2019 und 2023 konnte Erlangen Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer verzeichnen. Diese Einnahmen haben wir gezielt genutzt, um wichtige Zukunftsinvestitionen auf den Weg zu bringen. Und das übrigens nahezu immer einstimmig hier in diesem Gremium.: für den Neubau und die Sanierung von Kindertageseinrichtungen, für die Sanierung unserer Schulen, für Sporthallen und Stadtteilzentren.

Zugleich haben wir die Stadt massiv entschuldet und Rücklagen gebildet. Dank dieser Rücklagen konnten wir die unvorhergesehenen Gewerbesteuerrückzahlungen im Jahr 2024 zumindest teilweise direkt bedienen.

Für das Jahr 2026 setzen wir die Gewerbesteuereinnahmen mit 125 Millionen Euro an. Dieser Ansatz spiegelt die weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wider – insbesondere für exportorientierte Unternehmen. Hinzu kommen in Erlangen die Auswirkungen einer Gesetzgebung, die nach wie vor einen letztlich ruinösen Wettbewerb zwischen den Kommunen um niedrige Gewerbesteuerhebesätze ermöglicht und Unternehmen zur Steueroptimierung animiert.

Ich setze darauf, dass der Bund dort endlich handelt und diese Möglichkeiten einschränkt. Das ist kein Wettbewerb, der unseren Kommunen hilft. Das ist kein Wettbewerb um einen guten Standort, sondern das ist Steuerdumping. Und dieses Steuerdumping können sich unsere Städte nicht leisten, egal ob in Erlangen oder anderswo in der Republik. Denn rückläufige Gewerbesteuereinnahmen können wir nicht einfach durch andere Maßnahmen ausgleichen. Gleichzeitig bleibt ein zentrales Problem bestehen: Viele unserer Einsparbemühungen werden durch steigende Ausgaben regelrecht aufgezehrt.

Damit stehen wir nicht allein – das geht vielen Kommunen im Land so. Besonders stark belasten uns die erheblich steigenden Kosten in der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Aber dahinter stehen keine abstrakten Zahlen, sondern konkrete Einzelschicksale von Kindern, Jugendlichen und Familien, die auf Unterstützung angewiesen sind. Diese Menschen kommen jeden Tag in unser Rathaus und erwarten ganz konkrete Hilfe.

Wir sehen auch steigende Aufwendungen für den Gebäudeunterhalt sowie hohe Baukosten bei laufenden Projekten – insbesondere bei Investitionen in Schulen, Einrichtungen der Kinderbetreuung und in eine funktionierende städtische Infrastruktur. Und auch hier geht es nicht um Beton oder Zahlenkolonnen. Es geht um Orte, die das Zusammenleben in unserer Stadt prägen. Es geht um gute Betreuungseinrichtungen für unsere Kinder. Es geht um Schulen, die moderne Lern- und Lebensorte für unsere Schülerinnen und Schüler sind. Es geht um kulturelle Einrichtungen, in denen Menschen sich begegnen und kreativ werden können. Und es geht um Infrastruktur, die unseren Standort zukunftsfähig macht.

Wenn wir gute Infrastruktur haben wollen, dann hat die ihren Preis. Niemand im Gebäudemanagement oder im Tiefbauamt sitzt da und überlegt sich, wie kann ich denn heute eine Baumaßnahme noch ein bisschen teurer machen? Im Gegenteil, die Kolleginnen und Kollegen arbeiten auch jeden Tag – und nicht erst im Rahmen von Haushaltskonsolidierungen – an Sparsamkeit. Und trotz bereits wirksamer Einsparungen wachsen auch unsere Personalausgaben weiter.

Und auch das hat gute Gründe. Auch da heißt es ja oft: Ja, die Stadt hat einen aufgeblähten Personalkörper. Ich sehe das anders. Qualifizierte und tarifgerecht entlohnte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Voraussetzung dafür, dass wir als Kommune die Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger überhaupt zuverlässig und dauerhaft erbringen können. Es geht auch da um Menschen, die ob in Schulen oder in Kitas, im Kulturbereich oder in der Straßenreinigung täglich dafür sorgen, dass unsere Stadt funktioniert und für alle lebenswert bleibt. Und dafür, dass sie diese wichtige Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erbringen, haben sie auch den Anspruch, angemessen entlohnt zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

hinter den steigenden Ausgaben stehen keine abstrakten Rechengrößen, sondern berechnete Anforderungen der Menschen an Staat und Kommunen – und ganz konkrete Lebensrealitäten. Vor diesem Hintergrund müssen wir die begonnene strukturelle Aufgaben- und Ausgabenkritik konsequent fortsetzen – zugleich aber verantwortungsvoll und mit Augenmaß. Ein erstes Stück dieses Weges haben wir bereits zurückgelegt. Mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept hat die Verwaltung einen nachvollziehbaren und realistischen Weg aus der Haushaltskrise aufgezeigt. Im Rahmen des Konsolidierungsschecks ist es in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gelungen, ein ausgewogenes

Maßnahmenpaket zu schnüren. Dieses Paket verbessert den Ergebnishaushalt durch Effizienzsteigerungen, Ausgabenreduzierungen und zusätzliche Einnahmen. Der Stadtrat hat fast alle der vorgeschlagenen Maßnahmen beschlossen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, der Kämmerei unter Leitung von Konrad Beugel, dem Referat für Recht, Personal und Digitalisierung unter Leitung von Thomas Ternes, und insbesondere bei Ihnen, Dietmar Radde, für den Personalrat: Es ist nicht selbstverständlich, dass ein Personalrat in solchen Zeiten so konstruktiv auch an schwierigen Einsparungen mitwirkt. Es ist in Erlangen eine gute Tradition, dass wir im Referentenkolleg auch über Parteilinien hinweg eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. In finanziell besseren Zeiten wurden wichtige Beschlüsse des Stadtrats häufig von breiten Mehrheiten getragen. In der jetzigen, schwierigen Lage ist die Verantwortung umso größer. Die Menschen in unserer Stadt erwarten von uns keine gegenseitigen Schuldzuweisungen. Sie erwarten Lösungen. Deshalb ist es gut und wichtig, dass wir im Gespräch mit allen demokratischen Kräften im Stadtrat eine politische Mehrheit für den Haushalt gefunden haben.

Haushaltskonsolidierung eignet sich nicht für Wahlkampfmanöver. Es ist nicht redlich, pauschal zu beklagen, es werde zu wenig eingespart, und dann im konkreten Fall gegen viele einzelne Einsparmaßnahmen zu stimmen. Und es ist nicht seriös pauschal zu erklären, dass bei freiwilligen Leistungen zu kürzen ist, ohne zu sagen wo und bei wem genau. Ebenso wenig ist es ehrlich, mehr Investitionen zu fordern und gleichzeitig die Höhe der Neuverschuldung zu kritisieren.

Wer mehr Konsolidierung fordert, muss auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen – gerade dann, wenn Entscheidungen unbequem sind und Einschnitte spürbar werden. Alles andere mag politisch einfach sein, ist aber inhaltlich nicht glaubwürdig. Denn es geht um die Zukunft unserer Stadt. Und es geht um Verantwortung.

Es ist gut, dass es eine Mehrheit für einen verantwortungsvollen und sachlichen Umgang mit dem Haushalt 2026 gibt. Ich danke allen Beteiligten für die ernsthaften und intensiven Gespräche sowie für die Bereitschaft, unter schwierigen Bedingungen Brücken zu bauen und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Mein besonderer Dank gilt den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / Grüne Liste Erlangen, der ÖDP sowie der Einzelstadträtin Susanne Lender-Cassens. In konstruktiven und verantwortungsvollen Gesprächen haben sie sich gemeinsam mit der SPD auf eine Zustimmung zum Haushalt verständigt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Haushaltskonsolidierung bleibt nicht ohne Auswirkungen. Ja, sie bringt für die Bürgerinnen und Bürger spürbare Einschränkungen mit sich – etwa durch höhere Steuern oder Gebühren und durch notwendige Prioritätensetzungen. Und ja: Wenn wir die notwendigen Investitionen in unserer Stadt fortsetzen wollen, dann geht das nicht ohne zusätzliche Neuverschuldung. Das ist unangenehm.

Bei allen Konsolidierungsmaßnahmen verfolgen wir ein klares Ziel. Es geht darum, die Strukturen in dieser Stadt zu erhalten, die Erlangen vielfältig und stark machen.

Ich möchte das an einem konkreten Beispiel verdeutlichen.

Wenn es in einem Winter keine Spritzeisflächen gibt, ist das bedauerlich. Spritzeisflächen wird es aber wieder geben, sobald es die Haushaltslage zulässt.

Wenn wir jedoch Strukturen wie die Tafel gefährden oder gar zur Schließung zwingen würden, dann lassen sie sich nicht einfach wiederbeleben. Dann gehen sie dauerhaft verloren. Genau deshalb müssen wir bei der Konsolidierung Prioritäten setzen – auch dann, wenn diese Entscheidungen schmerzhaft sind.

Viele Menschen in unserer Stadt haben sehr genau verstanden, worum es hier geht. Wir erleben ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement, das diesen Weg nicht nur mitträgt, sondern aktiv unterstützt. Viele sind bereit, Verantwortung zu tragen – indem sie Aufgaben übernehmen, die bislang von der Stadt erledigt wurden, oder indem sie durch Spenden – zum Beispiel für den Hilfsfonds der Bürgerstiftung – wichtige Projekte ermöglichen.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch den großen Beitrag unserer städtischen Beschäftigten. Neue Stellen werden auch im Jahr 2026 ausschließlich in absolut notwendigen oder vollständig gegenfinanzierten Bereichen geschaffen. Die sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für freiwerdende Stellen gilt weiterhin, Stelleneinzüge werden konsequent fortgesetzt.

Ja, wir verlangen unseren Beschäftigten viel ab. Dafür danke ich Ihnen ausdrücklich – für ihre Flexibilität, ihr Engagement und ihr hohes Verantwortungsbewusstsein.

Zugleich nutzen wir die Haushaltskonsolidierung bewusst als Chance, unsere Verwaltung zukunftsfähig aufzustellen: durch effizientere Prozesse, durch konsequente Digitalisierung und durch moderne Arbeitsformen.

In der Übersicht des Bayerischen Digitalministeriums nimmt Erlangen eine Spitzenposition bei digitalen Dienstleistungen ein, noch vor der Landeshauptstadt München. Zudem gehen wir innovative Wege, um Arbeit modern zu organisieren, Büroflächen zu reduzieren und damit dauerhaft Mietkosten zu senken. Wir mieten in diesem Jahr ein ganzes Bürogebäude ersatzlos ab.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck. Sie ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass wir von der Regierung Kredite genehmigt bekommen, handlungsfähig bleiben und weiterhin in die Zukunft unserer Stadt investieren können. Genau deshalb ist es heute so wichtig, dass wir einen Haushaltsbeschluss fassen. Im Dezember 2025 hat die Stadt Erlangen dank des eingeschlagenen Konsolidierungskurses die erste Tranche der Bedarfszuweisungen erhalten. Weitere Auszahlungen sind jedoch an klare Bedingungen geknüpft. Eine zentrale Voraussetzung ist ein beschlossener Haushalt für das Jahr 2026. Ohne diesen Beschluss besteht die konkrete Gefahr, dass diese Mittel nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Das bedeutet ganz konkret: Uns fehlen 15 Millionen Euro. Die dadurch notwendigen höheren Kassenkredite müssten wir mit einer zusätzlichen Zinslast von mindestens 300.000 Euro finanzieren.

Ein beschlossener Haushalt ist zugleich die Voraussetzung dafür, laufende Investitionen fortführen zu können. Für das Jahr 2026 sehen wir ein Investitionsvolumen von gut 80 Millionen Euro vor.

Damit setzen wir zahlreiche Bauprojekte in den Bereichen Schulen, Kinderbetreuung, Kultur und Infrastruktur fort. Diese Projekte haben längst begonnen – und unsere Stadt braucht sie. Dazu gab es bei allen wesentlichen Beschlüssen einen breiten, meist sogar einstimmigen Konsens. Wer jetzt den Haushalt ablehnt, gefährdet diese Investitionen.

Nicht zuletzt ist auch der Einsatz von Mitteln aus dem Sondervermögen des Bundes unmittelbar an entsprechende Haushaltsbeschlüsse gebunden. In Erlangen, und Sie haben das vorhin beschlossen, betrifft das die Sanierung des Fridericianums, die Sanierung von den Kitas Perle und Arche, die, wenn wir nicht investieren, von der Schließung bedroht sind, und die Investition in Sportstätten unserer Sportvereine.

Es geht aber nicht nur um Gebäude und Infrastruktur. Es geht auch um das, was das Zusammenleben in unserer Stadt ausmacht. Erst mit dem Beschluss der Haushaltssatzung wird es der Verwaltung möglich sein, auch in diesem Jahr die Auszahlungen für zahlreiche notwendige und unaufschiebbare freiwillige Leistungen zu leisten. Es geht um die verlässliche Förderung zahlreicher Einrichtungen, Institutionen und Vereine. Dazu zählen beispielsweise das E-Werk und die

Erlanger Tafel, aber auch viele Leistungen der Stadt im Kultur- und Sozialbereich wie Ausstellungen in den städtischen Museen, die Durchführung des Poet*innenfests sowie der ErlangenPass, der Menschen in schwierigen Lebenslagen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Es geht um das, was unsere Stadt erst zu dem macht, was Sie ist. Es geht um das, was Erlangen für unsere Bürger*innen ausmacht. Es geht um Selbstbestimmung, Mitwirkung, Teilhabe, um das Mitmachen in der Stadtgesellschaft. Kurzum: Es geht um das, was unsere Demokratie ausmacht und was wir gerade jetzt nicht leichtfertig in Gefahr bringen dürfen.

All diese Aspekte sprechen dagegen, den Haushaltsbeschluss zu verzögern. Wir alle gemeinsam stehen heute in der Verantwortung, die Stadt nicht in ein Experiment mit unbekanntem Ausgang zu führen. Ein nicht beschlossener Haushalt ist ein Risiko – für Investitionen, für Fördermittel, für Vereine, für laufende Projekte und letztlich für die Zukunft unserer Stadt.

Der Blick in die Finanzplanung bis 2029 zeigt zugleich: Wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Die hohen Kassenkredite bleibt eine erhebliche Hypothek. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sind sie nicht kurzfristig abzubauen. Wir sind weiterhin dringend auf strukturelle Unterstützung durch Bund und Land angewiesen.

Trotz aller Herausforderungen gibt es jedoch guten Grund zur Zuversicht. Erlangen steckt nicht in einer wirtschaftlichen Strukturkrise. Unternehmen investieren weiterhin am Standort. Siemens, die Friedrich-Alexander-Universität und das Universitätsklinikum bauen Erlangen konsequent als Zukunftsstandort aus. Und ich kenne keine Stadt, die gemessen an ihrer Bevölkerungsgröße in diesem Umfang private und öffentliche Investitionen erhält. Und die fließen nicht irgendwohin, sondern die fließen in Zukunftsthemen. Die fließen in Energieforschung, in Medizin, in Digitalisierung. All das, von dem wir, heute schon wissen, da wird Zukunft gemacht. Gleichzeitig kümmern wir uns um Entwicklungsmöglichkeiten für erfolgreiche Unternehmen, um ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum, um eine moderne Infrastruktur und um eine leistungsfähige, nachhaltige Mobilität.

Ob Siemens-Campus, Siemens Technology Campus an der Frauenausracher Straße, die Weiterentwicklung der Friedrich-Alexander-Universität oder Spitzenforschung insgesamt: Wir schaffen mit hohem Tempo die notwendigen Rahmenbedingungen für die Zukunft unseres Standorts – und damit für gute und sichere Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Unsere Aufgabe ist es, diese Entwicklung zu ermöglichen: durch kluge Investitionen, durch verlässliche Rahmenbedingungen und durch verantwortungsvolle Entscheidungen.

Verantwortung heißt, heute Entscheidungen zu treffen, die morgen tragen. Mit diesem Haushaltsbeschluss sichern wir die Zukunft und die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Danke an alle, die sich dieser Verantwortung stellen.

Impressum

Es gilt das gesprochene Wort**Herausgeber**

Stadt Erlangen
Bürgermeister- und Presseamt

Zentrale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Kontakt

Telefon: 09131 86-2566
E-Mail: presse@stadt.erlangen.de
www.erlangen.de/presse

Erscheinungsdatum

Januar 2026